

SACHSEN

Geschäfte mit der eigenen Bank

Der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) gerät wegen eines privaten Geldgeschäfts mit der landeseigenen Sachsen LB in Bedrängnis. Milbradt und seine Frau Angelika haben sich an einem geschlossenen Immobilienfonds beteiligt, mit dem 1996 der 88 Millionen Euro teure Neubau der sächsischen Landesbank in der Leipziger Innenstadt finanziert wurde. Pikant: Das Investment fand statt, als Milbradt Finanzminister im Kabinett Biedenkopf war und damit qua Amt Chef des Verwaltungsrats des im August 2007 notverkauften Geldhauses. Die Milbrads finanzierten ihre Fondsbeteiligung, die rund 50 000 Euro betragen soll, teilweise über einen Kredit der Landesbank. Die sächsische Staatskanzlei bestätigt das Investment, sieht aber keinen Interessenskonflikt. Zwar sei Milbradt Chef des Verwaltungsrats der Bank gewesen, doch die Rechtsaufsicht habe seinem Staatssekretär obliegen. Das gewährte Darlehen wiederum sei schließlich vom Verwaltungsrat der Bank gebilligt worden.

Im Vergleich zu vielen notleidenden Fonds im Osten Deutschlands war die Zeichnung jenes Investments mit dem Namen „Kyma Objekt Löhr's Carré“ ein echter Glücksfall für die Anteilseigner: Als potente Mieter standen die Bank und die Sparkasse Leipzig fest, eine Mietgarantie sicherte die im Fondsprospekt mit 9,3 Prozent prognostizierte Rendite. Der Öffentlichkeit blieb das lukrative Geschäft der heutigen First-Family verborgen: Im Handelsregister tauchten die Namen der einzelnen Fondszeichner nicht auf, Parlamentsnachfragen von SPD und PDS zu Kreditgeschäften von Verwaltungsräten der Bank wurden mehrfach mit Hinweis auf das Bankgeheimnis abgewiesen. Die Dresdner Staatskanzlei sieht die heikle Finanzanlage positiv: Es sei doch „gut, dass der Ministerpräsident auch sein persönliches Geld in Sachsen und nicht in anderen Bundesländern anlegt“.



Ministerpräsident Milbradt (am 31. März in Dresden)

SPD-KAMPAGNE

Wir-fuer-Beck.de

In der SPD-Parteizentrale wird derzeit keine Wahlkampfplanung entwickelt, die auf den Vorsitzenden Kurt Beck zugeschnitten ist. Klar scheint zudem, dass sich die Sozialdemokraten auf eine sehr konfrontative Wahlkampagne in scharfer Abgrenzung zur CDU vorbereiten. Am Dienstag vergangener Woche kam eine Gruppe von Spitzenvertretern des Willy-Brandt-Hauses in der Berliner Parteizentrale zusammen, um über erste Planungen für den Bundestagswahlkampf 2009 zu beraten. Unter anderem wurde dabei eine Deutschland-Tour des Kandidaten mit etwa 30 bis 40 Veranstaltungsorten festgelegt, ihr Auftakt soll in Berlin sein. Thematisch soll

eine „Polarisierung Schwarz-Rot“ im Vordergrund stehen. Unter dem Motto „Gute Arbeit – Mindestlohn“ will die SPD die CDU im Wahlkampf thematisch treiben. Ein Schwerpunkt wird auf „negative campaigning“ liegen, also auf dem Schlechtmachen des politischen Gegners. Für die Online-Kampagne ist eine Website „Wir-fuer-Beck.de“ reserviert, in der Schreibweise sowohl mit als auch ohne Bindestriche. Diese Internet-Adresse gab es schon während Becks rheinland-pfälzischem Landtagswahl-



Beck

kampf 2006. Eine Website „Wir-fuer-Steinmeier“ wurde dagegen nicht angelegt. Die Plakatierung soll in drei Phasen verlaufen, wobei in der zweiten Phase der „Kandidat mit Menschen“ gezeigt werden soll. Beck tingelt derzeit unter dem Motto „Nah bei den Menschen“ durch die Republik. Das stark sozial und gegenüber dem Koalitionspartner aggressiv ausgelegte Konzept sowie die Namenszuschreibung der Homepage deuten SPD-Insider als Indiz für eine Kandidatur Becks. Steinmeier hatte zuletzt wiederholt deutlich gemacht, dass er es für erforderlich halte, die politische Mitte nicht preiszugeben. Im Licht des Kurses von Beck und der weiter erodierenden Umfragewerte der SPD und ihres Vorsitzenden halten es Spitzenossen inzwischen für „unwahrscheinlich bis ausgeschlossen“, dass Steinmeier unter einem Parteichef Beck als Kanzlerkandidat anträte.